

Die „Weltzeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 12.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Vorkaufnahme nehmen Einzelheft-Verkaufsstellen entgegen. Unter Druckband besorgen für Frankreich, Belgien, das Saar und Niederlande sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 20.— für das übrige Ausland M. 24.— Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-8

Die Jahrgangspostkarte kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleinanzeigen: Das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Zusätze-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: Das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zahlungsausschub und Finanzkontrolle

Englische Vorschläge

Der Dollar ist gestern in Berlin gewaltig zurückgegangen. Von 274,50 sank er auf ungefähr 240. Zeitweilig stand er sogar noch unterhalb dieser Linie. Herbeigeführt wurde dieser Umschwung durch die Nachrichten über das erfolgreiche Wirken Rathenau in London und über die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, Deutschland ein Moratorium auf seine Goldzahlungspflichtungen zu gewähren.

Die starke und plötzliche Senkung des Dollarkurses beweist, in wie hohem Maße an der Haufe der letzten Wochen die Spekulation beteiligt war. Sie bewirkte eine Entwertung des deutschen Geldes, die beträchtlich über die durch die ungünstige Zahlungsbilanz gebotene Grenze hinausging. Jetzt genügt das Auftauchen der Möglichkeit eines Zahlungsausschubs, um Angstverkäufe in fremden Devisen zu veranlassen und so den Kurs der Mark bedeutend zu verbessern.

Die Meldungen von der Geneigtheit Englands zu Zugeständnissen klingen freilich recht bestimmt. Rathenau soll mit dem britischen Schatzkanzler eine Unterredung gehabt haben, in deren Verlauf dem Kabinett feste Vorschläge zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wurden. Sie laufen angeblich darauf hinaus, daß unter gewissen Bedingungen ein Moratorium von zwei bis drei Jahren gewährt werden soll. Die Bedingungen sehen im wesentlichen eine Ordnung des innerdeutschen Finanzwesens während dieser Atempause vor. Der Staatshaushalt soll ins Gleichgewicht gebracht werden, um die Steigerung des Notenumlaufs zu verhindern. Hier und da wird in der englischen und französischen Presse auch von den Mitteln gesprochen, die der Eindämmung der Inflation dienen sollen. Das mögen Vermutungen sein, festzustehen aber scheint, daß sich die Gläubigerstaaten ein Ausschlichtungsrecht über die Gestaltung des deutschen Budgets vorbehalten, mit anderen Worten, daß Deutschland unter eine Finanzkontrolle gestellt werden soll.

Die Sachlieferungen werden durch den Zahlungsausschub nicht berührt. Wir haben also nach wie vor Kohle und die anderen im Friedensvertrage vorgesehenen Waren abzuführen, und dergleichen sind die im Wiesbadener Abkommen vereinbarten Sachleistungen an Frankreich zu machen, vorausgesetzt, daß Frankreich die Gegenstände, von denen dort die Rede ist, abruft, und daß England sich mit der Vereinbarung zwischen Rathenau und Loucheur einverstanden erklärt.

Es macht keine Zustimmung einzuweisen noch von der französischen Ratifizierung des interalliierten Finanzabkommens vom 13. August 1921 abhängig, in dem bestimmt wurde, daß die am 31. August von Deutschland gezahlte Goldmilliarde zur Bestreitung der Kosten des Besatzungsheeres und zur Befriedigung der belgischen Vorzugsansprüche verwendet werde und Frankreich demnach leer ausgehe. Haben sich London und Paris über diesen Punkt geeinigt, dann ist die Bahn auch für einen Sachlieferungsvertrag zwischen Deutschland und England frei und es wird offenbar daran gedacht, daß Deutschland sich an dem englischen Wiederaufbau Rußlands mit Warenlieferungen beteiligen soll, die ihm auf Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Das ist in großen Umrissen der Plan, der in Londoner und Pariser Blättern besprochen wird. Eine amtliche Bestätigung für das Vorhandensein dieser Absichten fehlt einzuweisen, aber es darf ohne weiteres angenommen werden, daß England ernsthafteste Anstrengungen zur Ueberwindung der Reparationschwierigkeiten macht. Eine Rede des Ministers Churchill, die allerdings in ihren kritischen Wendungen über den Sachverstand der Sachverständigen stärker gewesen zu sein scheint als in ihren positiven Vorschlägen, liefert einen neuen Beweis, England leidet außerordentlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Die Entwertung der Mark erlaubt es Deutschland, der englischen Industrie auf den Weltmärkten Schmutzkonkurrenz zu machen und beraubt auf der anderen Seite die britische Produktion eines wichtigen Absatzgebietes. Kein Wunder, daß die Londoner City nach Auswegen sucht, und ihr Eifer wird noch bestärkt durch das Drängen der großen Zahl von Arbeitern, die durch das Stöcken des Außenhandels erwerbslos geworden sind.

Trotzdem warnen wir vor übertriebenem Optimismus. Die bis jetzt vorliegenden Meldungen mögen genügen, um den Spekulanten zum Abstoßen seiner Dollarbestände zu bestimmen, der Politiker muß vorsichtiger handeln, zuerst wenn er sich vergegenwärtigt, wie viele trügerische Hoffnungen in der Zeit nach dem Abschluß des Krieges schon aufgedämmert sind. Was heute als fast sicher und greifbar erscheint, kann sich morgen schon wieder in Nebel aufgelöst haben. Wir können uns nur an Tatkraft halten.

Aber selbst angenommen, die britische Regierung entschließt sich zu den Schritten, die als bevorstehend angekündigt wer-

den, so wissen wir, daß die Entscheidung nicht ausschließlich bei ihr liegt. Sie muß die anderen Gläubiger für ihre Idee gewinnen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich Widerstand leisten wird. Nun stellt man sich in London auf den Standpunkt, es sei in diesem Falle Einstimmigkeit der Alliierten nicht erforderlich, und das mag berechtigt sein. Indessen wird man doch versuchen, mit den Franzosen zu einem Einvernehmen zu gelangen, und die Frage ist, ob das ohne Zugeständnisse zu erreichen ist. Der Pariser „Matin“ fängt schon wieder an, von Wändern zu reden, die Deutschland als Bürgschaft für seine ehrlichen Absichten während der Dauer des Moratoriums der Entente gewähren müsse, und sicher werden sich in dieser Richtung die Forderungen Frankreichs bewegen, wenn es sich unter dem mehr oder weniger sanften Druck der beiden angelsächsischen Mächte bestimmen läßt, dem Zahlungsausschub grundsätzlich zuzustimmen. Die Verbündeten werden Bedenken tragen, es zu vergewaltigen, und so muß damit gerechnet werden, daß zu den Bedingungen, die heute aufgezählt werden, noch andere hinzukommen.

Immerhin gehört zu den jetzt genannten Bedingungen auch schon die Finanzkontrolle, und das bedeutet, daß Deutschland die vorübergehende Bestreitung von den ihm auferlegten Verpflichtungen mit dem Verzicht auf die Selbständigkeit in der Aufstellung seines Staatshaushalts erkaufen muß.

Ueber diese „Demütigung“ werden unsere Rechtsparteien zetern, aber sie werden uns weder Wege zeigen können, auf denen sie sich vermeiden läßt, noch werden sie imstande sein, den Beweis zu erbringen, daß sie das Nötige getan haben, um sie abzuwehren. Hätte Deutschland das Gleichgewicht im Budget aus eigenem Beschluß und aus eigener Kraft hergestellt, so brauchte es sich von der Entente nicht die Gesetze seiner Handeln vorzuschreiben zu lassen. Die bürgerlichen Parteien haben in dieser Beziehung nicht nur keine Anstrengungen gemacht, sondern sie haben auch die Bemühungen, die von anderer Seite kamen, bis in die letzten Tage hinein vereitelt. Um das im einzelnen darzutun, müßten wir auf die gesamte deutsche Steuerpolitik eingehen. Wir begnügen uns mit der erneuten Feststellung, daß die Mehrheit des Steueraussschusses unseren Antrag auf Erlass eines Notgesetzes, durch das das innere Defizit zunächst wenigstens beträchtlich verringert worden wäre, abgelehnt hat.

Fragt man nach den Gründen für diese Haltung, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder wollen sich die Kapitalisten von dem Steuerzahlen drücken oder sie verfolgen die Absicht, das Defizit zu erhalten und zu vergrößern, um das Ausland von der deutschen Zahlungsunfähigkeit zu überzeugen. Wahrscheinlich sprechen beide Motive mit, aber wenn sich nun die Alliierten Sicherheiten dagegen verschaffen wollen, daß sich Deutschland durch sorgfältige Vermehrung und Entwertung seines Papiergeldes logischermaßen künstlich zahlungsunfähig macht, so haben diejenigen an wenigstens ein Recht zum Protest, die eine Genugtuung unserer inneren Finanzen durch eine unwirksame Steuerpolitik und eine sehr wirksame Steuerabotage verhindern haben.

Die Gefahren des deutschen Zusammenbruchs

EE. Paris, 30. November 1921.

Der Londoner Korrespondent des „Temps“ verweist auf die Gefahr, die die wirtschaftlichen und sozialen Rückwirkungen eines deutschen wirtschaftlichen Zusammenbruchs für ganz Europa zur Folge haben könnten. Deshalb dürfe man in dieser Angelegenheit nicht länger unaktiv sein. Auch die Deutschen seien sich darüber klar, daß der augenblickliche künstliche Wohlstand nicht von langer Dauer sein wird und einer Katastrophe Platz machen wird. Unter diesen Umständen schlägt man vor, daß Deutschland ein zweijähriges Moratorium gewährt werde. In England ist man der Meinung, daß Deutschland am 15. Januar bezahlen wird und muß. Dies dürfte aber bereits am 15. Februar nicht mehr der Fall sein. Infolgedessen wird eine Entscheidung der Reparationskommission notwendig, und deshalb bezieht sich auch der englische Minister, diese Angelegenheit zu prüfen. Andererseits ist man sich in England aber auch über die budgetären Schwierigkeiten klar, denen Frankreich begegnen muß, wenn die Bedingungen des Londoner Ultimatus vollkommen verändert werden. Infolgedessen studiert man eine Reihe von Maßnahmen, die die Reparationszahlungen in Natura aufrechterhalten und nur die Geldzahlungen stunden sollen. Eine gänzliche oder teilweise Streichung könnte übrigens auch von Lloyd George vorgeschlagen werden, der seit geraumer Zeit der Ansicht ist, daß es besser wäre und im allgemeinen Interesse läge, alle alliierten Kriegsschulden zu unterdrücken, ebenso die deutschen Reparationsschulden mit Ausnahme derjenigen, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete notwendig sind. Lloyd George sei dabei hauptsächlich von dem Gedanken geleitet worden, mit Deutschland die Handelsbeziehungen wiederherzustellen. Während des Aufenthaltes von Hugo Stinnes in London sei mit den englischen Vertretern über den Ankauf der deutschen Eisenbahnen gesprochen worden. Man habe Hugo Stinnes darauf verwiesen, daß die Reichsregierung und die Sozialisten sich einer solchen Maßnahme widersetzen würden.

Gegen Verwirrungsmanöver

Von Artur Crispian

Jene demagogischen Versuche, die Unabhängige Sozialdemokratie zu verleumben und zu schmähen, um die arbeitserfindlichen Taten der eigenen Partei als gerechtfertigt und richtig erscheinen zu lassen, werden von Rechtssozialisten auch anlässlich der Stellungnahme der verschiedenen Parteien zum Hungerstreik politischer Gefangener in Lichtenburg prompt wieder unternommen. Ihre für jeden klassenbewußten Arbeiter unverständliche Trennung von den anderen Arbeiterparteien auch in dieser Frage versuchen die Rechtssozialisten damit zu verteidigen, daß sie von kommunistischen Unsinnsfeiten reden, auf die die Unabhängigen Sozialdemokraten, im Gegensatz zu den Rechtssozialisten, hereingefallen wären. Prüfen wir den Tatbestand.

Unmittelbar nach dem Abschluß des kommunistischen Märzputsches forderte die Unabhängige Sozialdemokratie im Reichstag den Erlass einer Amnestie für politisch verfolgte Arbeiter. Diese Forderung wurde abgelehnt. Nach dem Ausbruch des Hungerstreiks in Lichtenburg nahmen die Kommunisten die alte Amnestie-Forderung wieder auf. Ferner forderten die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten in einem besonderen Antrag die sofortige Freilassung der in dem Gefängnis zu Lichtenburg im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen.

Es war von je für eine sozialistische Partei nur selbstverständlich, daß es zu ihren fundamentalsten Pflichten gehörte, Forderungen um Erlass einer Amnestie für politisch Verfolgte nicht nur zu unterstützen, sondern selbst zu erheben. Oder wäre eine politische Partei denkbar, die nicht alles versuchen würde, was dazu führen könnte, die Tore der Gefängnisse und Zuchthäuser für politisch verfolgte Arbeiter zu öffnen? Zumal in der heutigen Zeit, wo Arbeitermörder und Kappverbrecher sich des besten Wohlbehagens außerhalb von Gefängnissen und Zuchthäusern erfreuen? Zumal in der heutigen Zeit, wo die Klassenjustiz als Kampfmittel der Bourgeoisie gegen das Proletariat Orgien feiert!

Und doch gibt es eine sozialistische Partei, die, im Bunde mit den Parteien der Bourgeoisie, proletarische Opfer der sozialistischen Klassenjustiz im Stich gelassen hat: die rechtssozialistische Partei!

Das ist eine für jeden klassenbewußten Arbeiter zu ungeheuerliche Tatsache, als daß er daran gleichmütig vorübergehen könnte.

Der rechtssozialistische Reichsjustizminister Dr. Kadbruch trat im Reichstag als Sprecher der rechtssozialistisch-kapitalistischen Regierung den Forderungen nach Erlass einer Amnestie für politisch verfolgte Arbeiter entgegen. Es handelt sich nicht allein um die Auslöschung des kommunistischen Märzputsches verfolgten Arbeiter, es handelt sich zugleich auch um die endliche Befreiung der in Bayern eingekerkerten Sozialisten, Toller, Mühsam u. a., die in Niederschönenfeld durch unmenschliche Maßnahmen gequält werden. Dr. Kadbruch stellte im allgemeinen fest, daß dem Reich auch für bayerische wie andere landesrechtliche Fälle das Recht zur Amnestie zustehe, daß es ja durch seine frühere Amnestie auch in landesrechtliche Fälle eingegriffen habe, daß es aber politisch nicht wünschenswert sei, in die Zuständigkeit Bayerns einzugreifen. Das ist eine glatte Kapitulation vor der kapitalistischen Reaktion. Weiter meinte Dr. Kadbruch: Amnestien seien Meilensteine der Revolution. Sie bezeichnen endgültig abgeschlossene Abschnitte ihrer Entwicklung. Ein solcher Abschnitt sei noch nicht wieder erreicht. Man könne von der Regierung nicht verlangen, daß sie darauf verzichte, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Dr. Kadbruch verlangte also vom Proletariat die Abschwörung des Klassenkampfes zur Eroberung der politischen Macht. Er hat kein Verständnis dafür, daß die Gewalt noch stets und in allen Revolutionen die Geburtsheiferin einer neuen Gesellschaft gewesen ist. Nicht jene sinnlose Gewalt frivoler Ausschüßereien, sondern jene geheiligte Gewalt, die unvermeidlich ist, um die Herrschenden zu brechen, die nötig ist, um die Gewalt überhaupt zu überwinden, die Menschheit zu entmännern und dann eine friedlich arbeitende Gesellschaft zu begründen.

Wie fremd dem Rechtssozialisten Dr. Kadbruch die revolutionäre Ideologie des Proletariats ist, das zeigten noch deutlicher seine Ausführungen gegen die Freilassung der hungerstreikenden Gefangenen in Lichtenburg. Dr. Kadbruch nannte den Hungerstreik eine heroische Torheit, eine Demonstration, und er fügte hinzu, er denke nicht daran, vor dieser Demonstration zurückzumeichen. „Sollen wir unseren offenen Feinden das Spiel erleichtern?“

Es handelt sich um politische Gefangene, um Arbeiter, die in politischer Verwirrung Handlungen begangen haben mögen, die weder rechtlich noch politisch gebilligt werden könnten. Es handelt sich trotz alledem um Arbeiter, die nach ihrer innersten Ueberzeugung die proletarische Revolution über die bürgerliche Republik hinaustreiben wollten, die dabei unterlagen und von ihren schlimmsten Klassenfeinden eingekerkert wurden. Es handelt sich um gefangene Arbeiter, deren Angehörige draußen bittere

Not leiden. Die Arbeiter hungern im Gefängnis, um ihre Freilassung zu erkämpfen. Die Arbeiter klagen nicht über ihr eigenes Schicksal im Gefängnis, sie wollen frei sein, damit sie wieder für Weib und Kind arbeiten und sorgen können.

Und Dr. Kabbuch sieht in diesen Arbeitern seine und seiner Auftraggeber offene Feinde!

Dr. Kabbuch lehnte sogar eine Strafaussetzung für die gefangenen hungernden Arbeiter ab. „Alles, was er für seine offenen Feinde“ übrighatte, das waren Verströfungen auf — Gnade! Den Gefangenen solle mitgeteilt werden, daß, sobald Gnadengesuche von ihnen eingereicht werden würden, ihre Angelegenheit wohlwollend geprüft werde. Ungeprüft könne man niemand begnadigen.

Man muß schon rechtssozialistischer Justizminister geworden sein, um als Klassenbewußter Proletarier nicht den Schimpf zu empfinden, der darin liegt, daß man der Gnade seiner Todfeinde — so nannte Bebel die Bourgeois — empfohlen werde. Dabei mußte Dr. Kabbuch selbst gestehen, daß das Begnadigungsverfahren juristisch das schlechteste Verfahren sei, das man sich nur denken könne, ein rein schriftliches Verfahren, in dem über Akten und nicht über Menschen entschieden würde!

Für die rechtssozialistische Reichstagsaktion erklärte Herrmann Müller ausdrücklich, daß sie die Auffassung des Justizministers Dr. Kabbuch bede. Das Auftreten der Rechtssozialisten im Reichstag, unter Führung Dr. Kabbuchs, hatte selbst auf rechtssozialistische Arbeiter vornehmlich aufreizend gewirkt, daß sie ihre Entrüstung nicht zu unterdrücken vermochten. Rechtssozialistische Arbeiter waren in den Reichstag gekommen, um mit ihrem Parteigenossen Dr. Kabbuch über die Freilassung ihrer politisch verfolgten Klassenbrüder zu verhandeln. Nachdem sie auf der Tribüne des Reichstags die Rede Dr. Kabbuchs gehört hatten, verzichteten sie auf eine Verhandlung mit dem rechtssozialistischen Justizminister.

Sollte nun die Unabhängige Sozialdemokratie mit den Rechtssozialisten und den gesamten bürgerlichen Parteien die Anträge auf Freilassung der politisch verfolgten Arbeiter niederstimmen helfen? Wohl gar, weil die Anträge formell von den Kommunisten gestellt worden waren? Die Unabhängige Sozialdemokratie hat den alten sozialistischen Grundsätzen entsprechend gehandelt und ohne Zaudern selbstverständlich für die Freilassung gestimmt. Die Rechtssozialisten dagegen hielten mit den bürgerlichen Parteien die Kerker Türen zu, hinter denen proletarische Opfer kapitalistischer Rache geistige Marter und körperliche Qualen erleiden.

Anstatt ihre eigene Schande zu empfinden, lästern die Rechtssozialisten obendrein die Unabhängige Sozialdemokratie, weil diese ihre proletarische Pflicht getan hat.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat, das sei in fragloser Uebereinstimmung mit unserem Zentralkomitee nicht nur, sondern mit unserer ganzen Partei entgegen den rechtssozialistischen Behauptungen ebenfalls ausdrücklich festgestellt, nie daran gedacht, mit den Kommunisten die Lichterburger Angelegenheit zur Einleitung kommunistischer unruhiger Aktionen zu missbrauchen. Die Unabhängige Sozialdemokratie tut nach wie vor alles, was möglich ist und erfolgreich zu sein verspricht, um den politisch verfolgten Proletariaten zu helfen. Vertreter unserer Partei sind nach wie vor jederzeit bereit, auch mit Arbeitern der Betriebe zu verhandeln. Wir lehnen nach wie vor den Opportunismus wie den Putschismus ab und bleiben unbeirrt auf dem Boden des selbständigen proletarischen Klassenkampfes.

Die von der Unabhängigen Sozialdemokratie vor wenigen Tagen veranlaßten Verhandlungen mit den Rechtssozialisten, den Gewerkschaften und der A.F. sowohl als auch die mit den Kommunisten wurden geführt, um ein gemeinsames Vorgehen anzubahnen für den Kampf um die Erfassung der Sachwerte, um die Einziehung der bereits beschlossenen Besitz- und Einkommensteuern, um die Sozialisierung des Bergbaues und um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter.

Die Unabhängige Sozialdemokratie unterstützt nicht jene kommunistischen Versuche, die dahin gingen, die Betriebsräte zu einem geforderten Vorgehen zu treiben. Wir vertreten im Gegenteil den allein richtigen Standpunkt, daß die Betriebsräte nach ihrer Angliederung an die Gewerkschaften nicht berufen sind, selbständige Bewegungen zu unternehmen oder gar auf eigene Faust einen Reichstagskongress der Betriebsräte einzuberufen. Die Betriebsräte dürfen nur im Einvernehmen und in inniger dauernder Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften handeln.

Die vorstehenden Mitteilungen werden die rechtssozialistischen Verwirrungsversuche zunichte machen. Die Proletarier sollen jede Partei sehen, wie sie wirklich ist, und sie nach ihren Taten beurteilen.

Eine Rede Churçhills

Auswärtige Politik und Reparationskrise

London, 30. November.

Churchill hielt gestern abend eine Rede bei einem Festessen der Ueberlebenden. Nachdem er sich mit der irischen Frage befaßt und erklärt hatte, er sei keineswegs ohne Hoffnung, besprach er die Washingtoner Konferenz, über die Churchill sagte: Die auswärtige Politik wie sie sich auf in ein Dreiländerabkommen zwischen Amerika, Großbritannien und Japan zur Sicherung der friedlichen Entwicklung im Stillen Ozean. Dieser Plan sei durch die Washingtoner Konferenz sehr gefördert worden.

Es sei jedoch ein weiteres Dreiländerabkommen in Europa notwendig, nämlich ein gutes Einvernehmen und eine freundschaftliche Annäherung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland für die Wiederherstellung Europas und die Neuherstellung der geschwundenen finanziellen Wohlfahrt des Westens. (Beifall.) Zweifellos würden manche Leute diese Gedanken einseitig nennen und sagen, eine solche Kombination sei aussichtslos. Eine solche Kombination sei jedoch notwendig, um den Schwierigkeiten und Gefahren der augenblicklichen Lage Europas zu begegnen. Ob es leicht oder schwer sei, diese Kombination zustande zu bringen, der Weg Großbritanniens müsse jedenfalls beharrlich dieses Ziel verfolgen.

England dürfe sich nicht mit Deutschland anzufreunden auf Kosten Frankreichs. Frankreich sei den Herzen der Engländer teuer. England habe zu viel in der heiligen Erde Frankreichs verstanden, um sich in einer Freundschaft mit der großen französischen Nation hängen zu lassen. Churchill fuhr fort, sein Vertrauen zu dem Genie des französischen Volkes sei jedoch derartig, daß er sicher sei, die Einsicht des französischen Volkes werde im Verlaufe von nur wenigen Jahren und vielleicht sogar in noch kürzerer Zeit zu der Erkenntnis führen, daß nur ein gedeihendes oder zufriedenes Deutschland zur Wiederherstellung und Erneuerung des Ruhmes Europas beitragen werde. (Beifall.)

Churchill ging bei weiteren Verlauf seiner Rede auf die Reparationszahlungen ein und erklärte, man trete in dieser Hinsicht auf unheimlichem Boden. Er gab seiner großen Befriedigung Ausdruck über das in den letzten Monaten zu beobachtende beherrschende Fortschreiten der Staatsmänner aller Länder in der Richtung auf einen gesunden Verstand in finanziellen Dingen. (Beifall.)

Churchill sagte, all das unsinnige Gerede, das allzu reichlich ausgeschäumt worden sei und zwar nicht nur von Politikern in ihren Wahlpredigten, sondern von „ersten“ Finanzleuten (Heiterkeit) und erlauchten Mitgliedern des Richterstandes über die Eintreibung von zwölf oder vielleicht auch 20 Millionen Pfund Sterling von Deutschland sei abgedämpft worden auf eine viel praktikablere Beranschlagung. Es sei erstaunlich, daß die elementare Tatsache, daß der Handelsaustausch und die Zahlungen von einem Land in das andere in großem Umfange nur in Form von Waren oder Arbeitsleistungen ausgeführt werden können, von neuem von den „erleuchteten“ Sachverständigen in den verschiedenen Ländern anerkannt werde. (Heiterkeit und Beifall.) Manche Leute bildeten sich ernstlich ein, daß ein Staat von 60 bis 70 Millionen einen andern Staat, der sich in einer anderen geographischen Lage befinde, zwölf Millionen Pfund Sterling zahlen könne. Dies sei unmöglich. Die vorhandenen Eisenbahnzüge und Schiffe wären nicht in der Lage, im Laufe eines ganzen Jahres die Waren zu befördern, die notwendig sein würden zur Bezahlung der Zinsen für eine solche Summe. Wie können wir da, so bemerkt Churchill, unseren Wechselkursmechanismus tadeln, daß er mit diesem Wahn nicht Schritt halten kann! Der Mechanismus des Wertumsatzes ist brutal unterbrochen.

Männer und Frauen von Groß-Berlin!

Während die Besitzenden Reichtümer auf Reichtümer häufen und sich alle Annehmlichkeiten und Genüsse des Lebens verschaffen können, sinkt die arbeitende Bevölkerung in graues Elend und in tiefste Not.

Aber nicht genug damit, daß man gerade die für euch notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel bis zur Unertüchlichkeit verfeuert und mit ihnen schamlosen Wucher treibt, plant das gesamte Bürgertum, auch den Hauptanteil der neuen Steuern auf eure Schultern abzuwälzen.

Dieser Raubzug darf nicht gelingen!

Darum ist es eure ureigenste Sache, mit uns, mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, gemeinsam den Kampf aufzunehmen.

Zu diesem Zwecke finden am Dienstag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr,

in allen Gegenden Berlins Massenversammlungen

statt. (Bekanntgabe der Lokale folgt Freitag morgen.)

Diese Versammlungen sollen der Lust sein. Sie müssen Zeugnis dafür ablegen, daß die Groß-Berliner Arbeiterschaft, daß alle so furchtbar leidenden Angestellten, Beamten, Kleinen Rentner nicht gewillt sind, auf Befehl von Sinnes gänzlich zu verelenden.

Entscheidet euch! Entweder Untergang oder Rettung! Kommt alle in unsere öffentlichen Versammlungen. Gestaltet dieselben durch Massenbesuch zu einer wichtigen Kundgebung und tretet Schulter an Schulter mit uns ein für die von der U. S. P. aufgestellten Mindestforderungen:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsversprechungen durch ausreichendes Heranziehen des Besitzes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Sachwerte.
2. Sofortige Einziehung der beschlossenen Besitz- und Einkommensteuern.
3. Sozialisierung des Bergbaues.
4. Fortführung der Sozialpolitik.

U. S. P.-Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Robert Schmidt über die Wirtschaftslage

Cassel, 30. November.

Gestern abend sprach in der Stadthalle Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt über die deutsche Wirtschaftslage. Er gab dabei einen Rückblick auf die Arbeitslage der Industrie. Die Textilindustrie beschäftige nur 80 Prozent ihrer Spindeln, ebenso liege der Baumarkt darnieder. Die Eisenindustrie habe eine große Zahl von Hochöfen nicht mehr im Betrieb. In der Zement- und Kalkindustrie, für die heimische Rohstoffe genügend vorhanden seien, mache sich die volle Ueberlegenheit der Konjunkturlage infolge des Kohlenmangels, der auf die Zwangslieferungen an die Entente zurückzuführen sei, nicht bemerkbar. Die deutsche chemische Industrie leide unter der ausländischen Konkurrenz, die während des Krieges stark geworden sei. Die Landwirtschaft habe sich dagegen wieder erholt. Die Hauptursache der Preissteigerung liege in der Entwertung der Mark. Die bisherige Unterlassung der Erfassung der Sachwerte sei mit ein Grund für den Wertverlust. Der Wert der Mark wirts katastrophal. Amerikanischer Weizen koste z. B. jetzt 14 000 M. gegen 240 M. vor dem Kriege. Der jetzige Inlandspreis betrage 7000 M. Auch die Preise für Butter und Milch seien ungerechtfertigt hoch. Abgesehen von Rußland, Polen und Oesterreich sei die Teuerung in Deutschland am größten. Sehr wichtig wäre es, wenn man den Eisenmarkt ebenso binden würde, wie die Preisgestaltung der Kohle gebunden sei. Würden die Kohlen freigegeben, so gäbe das Preisentwärtungen, die alle bisherigen in den Schatten stellen würden. Der Minister sagte zum Schluß, man solle die Einsicht mancher Leute in den Ententeländern nicht überschätzen, die heute schon erklären, daß die Reparationsforderungen undenkbar seien. Der Vorschlag der englischen Industrie laufe letzten Endes darauf hinaus, einen Teil der deutschen Aktien in ihren Besitz zu bringen und damit einen gewaltigen Einfluß auf die Führung der deutschen Industrie zu erhalten.

Indiscretionen der bürgerlichen Presse

Eine offiziöse Zurechtweisung

11. Berlin, 30. November.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht heute unter der Ueberschrift „Politik und Presse“ folgende von maßgebender Stelle stammenden Ausführungen:

Die „Börsliche Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ bringen heute Neußerungen, die Hugo Stinnes in der geistigen Präsidialisierung des Reichsoberverbandes der Deutschen Industrie über die Industrieerträge angebracht gehalten hat. Die Sigung war streng vertraulich, und es ist daher ausgeschlossen, daß aus den Kreisen der Teilnehmer Mitteilungen an die Presse gelangt sind. Wir stellen aber hiermit nach Erkundigungen an maßgebender Stelle ausdrücklich fest, daß Herr Stinnes über die Ergebnisse seiner Londoner Reise und über eine angebliche Zusammenkunft mit Lloyd George keinerlei Angaben gemacht hat.

Es liegt hier also wiederum, wie in letzter Zeit so oft, eine tendenziöse und in ihrer Gesamtheit durchweg falsche Berichterstattung vor. Die Urheber dieser Berichterstattung sind sich offenbar nicht bewußt, welche nachteiligen Folgen ein solches journalistisches Gebahren einmal im Inlande und vor allem im Auslande haben muß. Etwas geistliche Verhandlungen mit fremden leitenden Persönlichkeiten werden durch nichts mehr gehemmt und geschädigt, als durch leichtfertiges Geschwätz, das nicht der Wahrheit entspricht, wohl aber zeigt, daß die Schwärze allen publizistischen Verantwortlichkeiten bewußtseins ermangelnd.

Die deutsch-russischen Beziehungen

Russische Kredite in Deutschland

gk. Riga, 28. November.

Der Vertreter des russischen Volkswirtschaftsministeriums für Außenhandel, Leshawa, der auf der Rückreise von Westeuropa hier war, machte in einer Unterredung eingehende Mitteilungen über die Aussichten des russischen Außenhandels. Er erklärte: Besonders günstig haben sich bisher unsere Handelsbeziehungen zu Deutschland entwickelt. Es ist mir gelungen, mit einer großen deutschen Bankgruppe ein Abkommen zu treffen, durch das uns sofort ein Kredit von 200 Millionen Mark eingeräumt wird. Mit zwei anderen deutschen Bankgruppen haben wir Kredite von über 300 Millionen und über 500 Millionen Mark vor dem Abschluß. Insgesamt wird uns also von deutschen Banken ein Kredit von einer Milliarde Mark eingeräumt. Daß das offizielle Deutschland sich bemüht, uns entgegenzukommen, ergibt sich daraus, daß die Banken, mit denen wir Vereinbarungen trafen, von der Reichsbank die Genehmigung zur Diskontierung russischer Wechsel erhalten haben. Ueberall in Deutschland bin ich auf großes Entgegenkommen und auf Interesse für die russische Industrie und den russischen Export gestoßen, und dieses Interesse ist noch in ständigem Wachsen begriffen. Neuerdings scheinen sich indes dem Handelsverkehr mit Deutschland Schwierigkeiten in den Weg zu stellen. Der ungeheure Sturz der Mark hat eine Reihe deutscher Firmen bezwungen, nur noch in stabilen Wäluen, besonders in Dollar oder in Pfund Sterling, zu fakturieren. Damit fällt für uns einer der Hauptvorteile, die der Handel mit Deutschland bot, die Bezahlung in einer niedrigen Wäluen, fort, und wir würden künftig Deutschland mit denselben Wäluen bezahlen müssen. Sollte sich hier nicht eine Einigung finden lassen, so würden wir gezwungen sein, künftig auch unsere Rechnungen für Lieferungen nach Deutschland in stabilen Wäluen zu fakturieren.

Neuer Ruhr-Kurs in Bayern?

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 30. November.

In Bayern kehrt man vor der Wiederherstellung der alten Koalition mit dem Ordnungsbund unter Einbeziehung der Deutschnationalen, so wie sie unter Rabe bestanden hat. In der bayerischen Presse werden die Möglichkeiten der Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts lebhaft diskutiert, und wie wir erfahren, sollen bereits in den nächsten Tagen offizielle Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien stattfinden, in denen zu der Frage Stellung genommen wird, ob die bayerische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) in die Koalition wieder aufgenommen werden soll. Die ausschlaggebende Mehrheit der bayerischen Volkspartei ist für die Erweiterung der Koalition nach rechts, wenn auch der unbedeutende linke Flügel in der „Augsburger Volkszeitung“ sich dagegen wendet. Im Bauernbund ist die Opposition dagegen noch viel zu schüchtern, um ausschlaggebend zu sein, und die Demokraten, die zwar überall dabei sein wollen, haben nichts zu sagen. Sie werden als politischer Faktor von der bayerischen Volkspartei nicht mehr gewertet. Es ist nur noch eine Frage der Zeit und die alte Koalition von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen ist in Bayern wieder hergestellt.

Von den deutschen Werken

Paris, 30. November.

Der Sonderberichterstatter des „Peuple“, der die von den deutschen Gewerkschaften eingeladene Delegation der Genfer Arbeitskonferenz aus ihrer Reise durch Deutschland begleitet, teilt seinem Blatte aus Erfurt die Feststellungen der Delegation unter der Arbeiterschaft der in Betracht kommenden Deutschen Werke mit. Alle hätten die gleiche Sprache geführt, welcher Partei sie auch angehörten. Von allen habe er den gleichen Willen bekunden hören, sich der Wiederaufnahme der ehemaligen Fabrikation zu widersetzen, wie sie auch alle — die Kommunisten so gut wie die anderen — gegen die Forderungen der Interalliierten Militär-Kontrollkommission protestiert hätten. Wenn es wahr sei, fährt der Berichterstatter fort, daß die Großindustrie für die Bedürfnisse der modernen Armeen fürstbares Kriegsmaterial liefern könne, so gäbe es nur eine Alternative: entweder müsse man jede industrielle Entwicklung verbieten oder man müsse bei denen, die an dieser industriellen Tätigkeit beteiligt seien, die Büroschaften dafür suchen, daß sie nicht mehr in den Dienst des Krieges gestellt werde. Der erstere Gedanke sei unannehmbar.

Die Memeler Frage

DE. Kowno, 29. November.

In Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation im litauischen Sejm über die Bedingungen, unter denen das Memelgebiet an Litauen angegliedert werden soll, hat der Außenminister Burdick erklärt, daß Memel die kulturelle, religiöse und administrative Autonomie erhalten solle. Daraufhin hat der Sejm die Antwort der Regierung als befriedigend erklärt. Anscheinend rechnet die litauische Regierung neuerdings mit großer Sicherheit auf die Einverleibung des Memelgebiets und scheint bereit, um diesen Preis der Entente in bezug auf die von dieser gewünschte Regelung der litauisch-polnischen Beziehungen Zugeständnisse zu machen.

Bedrohliche Lage in Portugal

EE. Madrid, 30. November.

Die Lage in Portugal ist äußerst schwierig geworden. Die bolschewistische Bewegung breitet sich von Tag zu Tag mehr aus. Aus den großen Städten der Provinz Alentejo sind Rifabands werden zahlreiche Aufstände gemeldet. Eisenbahnzüge kommen täglich vor. Die spanischen, englischen und französischen Kriegsschiffe wurden von portugiesischen Außenminister in den Häfen von Vissabon dirigiert. Die konservative und die gemäßigten Partei sehen ihr Unvermögen ein, der revolutionären Bewegung Einhalt zu leisten. Man glaubt, daß nur das Eingreifen fremder Mächte die Lage in Portugal einschnelnd ändern könnte.

Sie haben's in den Häuten. Im bayerischen Landtag geht es nach landesüblicher Weise manchmal etwas herb zu, besonders dann, wenn die bayerische Volkspartei ihre Schimpereien gegen die Reichsregierung losläßt. Bei einer solchen Gelegenheit machte der U. S. P. Abgeordnete Probst im Eingabenausschuß dem Hg. Graf (Bayerische Volkspartei) den Zwischenruf „Höde Ausführungen“, worauf er die eht bayerische Einladung betam, er möge diesen Ausdruck außerhalb des Landtags wiederholen, „dann könne er einmal bayerische Prüfte führen“. Probst varierte schlagfertig unter schallender Heiterkeit des ganzen Ausschusses: „Das glaube ich, denn Sie haben in den Häuten, was Ihnen im Kopf sitzt!“

Bemald geht nach Oberösterreich. Wie die „B. B. N.“ an zufälliger Stelle hören, begibt sich Staatssekretär a. D. Lewald, der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Delegation für die oberösterreichischen Verhandlungen, morgen abend nach Oberösterreich, um die Vorbereitungen für die bekanntlich am 9. Dezember beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen zu treffen.

Preussischer Landtag

Etat des Wohlfahrtsministeriums

Die zweite Rednerreihe zum Etat des Wohlfahrtsministeriums war von allen Parteien mit Frauen besetzt. Es zeigte sich hierbei, daß die bürgerlichen Rednerinnen zwar für manche sozialen Fragen ein größeres Maß von Wärme, im übrigen aber infolge ihrer bürgerlichen Einstellung dieselbe Verständnislosigkeit wie ihre männlichen Kollegen zum Ausdruck brachten. Das gilt sowohl von Frau Böhlmann von der Deutschen Volkspartei wie, allerdings in wesentlich milderem Maße, von Frau Dönhoff von der Demokratischen Partei.

Die Rede von Frau Ege (S. P. D.) war von starkem Mitgefühl getragen, litt aber an dem Mangel entschiedenen sozialistischen Willens. Demgegenüber betonte Frau Uredlsee (K. P. D.), daß Kapitalismus und Volkswohlfahrt sich gegenseitig ausschließen.

Eine prächtige und infolge ihrer schlichten, warmherzigen Redeweise sehr wirkungsvolle Rede hielt unsere Genossin Ehrismann-Barmen. Sie brachte haarsträubende Fälle von Mißhandlungen aus einem Dominikanerinnenkloster bei Düsseldorf und in der Diakonissenanstalt Kaiserswerth a. Rh. vor, die allgemeine Empörung auf allen Seiten des Hauses auslösten.

Sitzungsbericht

In der Mittwochsitzung des Landtags wurde die Beratung über den Haushaltsetat begonnen. Erster Redner war Neuge-Söllingen (S. P. D.). Er vertrat in höchst wirkungsvoller Weise den Gedanken der Forderung der Sozialisierung des Wohnungsbaues und pries die Erfahrungen, die man bei der genossenschaftlichen Bauweise gemacht hatte. Er wandte sich in sehr wirksamer Weise gegen den Bürokratismus im Ministerium für Volkswohlfahrt und wies nach, daß eine ganze Reihe von Ministerialdirektoren den Pulsschlag der Zeit nicht verstanden habe und sich bemühe, jeden Fortschritt zu durchkreuzen.

Som Zentrum war die Abgeordnete Bauer bestimmt. Sie las mit Leiser, auf der Tribüne absolut unverständlich Stimme einige vor.

Nach ihr sprach der Deutschnationale Engberding. Er wandte sich gegen die Baugenossenschaften. Daß sie in vielen Fällen vorteilhaft gewirkt hätten, liege daran, daß sie sich die besten Kräfte aus den Kreisen der Facharbeiter herausgezogen hätten. Auf diese Weise sei es ihnen gelungen, dem Handwerk, das unterstützt und gefördert werden müßte, große Konturen zu bereiten. Er bestätigte somit, daß die genossenschaftliche Bauweise gegenüber der privatwirtschaftlichen große Vorteile aufweist. Daraus den Schluß zu ziehen, daß die Sozialisierung des Wohnungsbaues noch viel weitergehende Vorteile bringen würde, lieh natürlich seine privatwirtschaftliche Einstellung nicht zu.

Sodann sprach der Kommunist König. Er beschäftigte sich u. a. mit der Alkoholfrage.

Der nächste Redner war der Genosse Best: Wenn der Minister für Volkswohlfahrt die ihm gestellten Probleme erfüllen will, ist es notwendig, daß er sich einen großen eisernen Willen mitnimmt. Die Aufgaben des Volkswohlfahrtsministeriums kosten Geld. Aber man soll auch nicht vergessen, daß sie taubendfällige Zinsen tragen. In neuerer Zeit werde verächtlichlich Sturm gelaufen gegen eine ganze Anzahl von Kunstzeugnissen. Prädikate bezeichne sie als unästhetisch, Schundliteratur und unästhetische Ergebnisse bekämpfe man nur damit, daß man an Stelle der schlechten Kost gute Kost setzt. Und dazu dürfen wir in der Tat sagen, das ist allgemein anerkannt, daß die Presse der Arbeiter in dieser Beziehung vorbildlich gewirkt hat. Vom Minister ist hier zum Ausdruck gebracht worden, daß die Tuberkulose im Aussterben begriffen sei. Das erinnert an all die schönen Ausföhrungen, die in den Kriegsjahren gemacht wurden. Wohl hat eine Abnahme der Sterbefälle in den letzten Jahren stattgefunden, aber das ist darauf zurückzuführen, daß in den vorausgehenden Jahren die Tuberkulosekranken in großen Massen infolge der Kriegsernährung und der miserablen ärztlichen Behandlung während des Krieges abgestorben sind. Daraus den Schluß zu ziehen, die Tuberkulose ist nicht mehr in Gefahr, geht denn doch zu weit. In Wirklichkeit ist

die Zahl der zum Tode führenden Tuberkulosefälle erschreckend groß.

Wir haben im Ausschuß durchgesehen, daß künftig von den Ärzten alle Fälle von Tuberkulose zur Anzeige gebracht werden sollen. Wir bitten Sie, diesen Antrag zum Beschluß des Landtags zu erheben. Die Lage der Heilmannen läßt sehr viel zu wünschen übrig. Das muß zur Folge haben, daß auch viele Kinder dabei zugrunde gehen und auch die Mütter immer früher sterben. Im weiteren wenden wir uns dagegen, daß die Kreisärzte ihr Amt nur als Nebenamt versehen. Diese nebenamtliche Beschäftigung der Kreisärzte muß beseitigt werden. Die Rechte will allerdings nichts davon wissen. Denn wenn ein Arzt sich lediglich seinen kreisärztlichen Aufgaben zuwenden kann, findet er allerdings die Mittel, deren Beseitigung Geld kostet. Von den Krankentafeln wird die zwangswelche Familienversicherung gefordert. Dagegen wenden sich die ärztlichen Organisationen. Sie fordern im Falle der Einführung für den Ausfall ihrer Privatpraxis von den Krankentafeln bezahlt zu werden. Hier bietet sich dem Ministerium für Volkswohlfahrt reiche Gelegenheit, sich als Treuhänder für die breiten Schichten des Volkes zu erweisen. Wir verlangen die Sozialisierung des Heilwesens. Wir wissen wohl, die Not und das Elend im Heilwesen sind groß. Die Ärzte sind gezwungen, um nicht unterzugehen, immer höhere Honorare zu fordern. Die Rollen sind naturgemäß nur bis zu einem gewissen Grade in der Lage, diese Forderungen der Ärzte zu erfüllen. Auch den Ärzten würde sehr sehr damit geholfen sein, wenn sie genau so, wie die übrigen öffentlichen Beamten, gestellt würden. Redner wendet sich im weiteren gegen die Ehrengerichte der Ärzte. Vor 22 Jahren wurden sie geschaffen, um das Umschlagen des „sozialistischen Giftes“ zu verhindern. Das ist nicht erreicht worden. Jetzt beschäftigen sie sich damit, das unästhetische Verhalten von Ärzten gegenüber weiblichen Kranken zu rüfen. Dazu braucht man keine Ehrengerichte. Die weiteren Ausführungen sind auf den Mietetisch zurückgeführt. Die Vermieter verlangen, daß die Miete entsprechend der Valuta erhöht werde. Aber dann sollten sie auch einmal erst dafür sorgen, daß auch die Löhne der Valuta entsprechend (Lachen rechts.) Unsere Grundforderung ist: Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens. Herr Minister, ich warne Sie. Lassen Sie sich das höchste Mieterschutz, das wir haben, nicht rauben. Heute schon muß es möglich sein, im Interesse der Bevölkerung die allerhöchsten Mieten zu beseitigen; dazu gehört allerdings Energie. (Lebhafter Beifall bei den U. S.)

Nach dem Genossen Best sprach der Demokrat Höppler-Michhoff.

Die Vermögenssteuer ohne Tarif

Die Verhandlungen des Steueraususses
Was sich gestern im Steueraussschuß des Reichstages zutrug, das war nur das Vorspiel für die größeren Entscheidungen, die noch folgen werden. Auf dem Umweg über die Aufforderung an die Regierung, das Gesetz, noch bevor es in Kraft getreten ist, zu ändern, wollten die bürgerlichen Parteien nicht nur eine formale Sicherung für später schaffen, sondern den Reichstag jetzt bereits auf eine materielle Änderung dieses Gesetzes festlegen. Die sehr das ihre Abicht war, ging aus ihrer späteren Abkündigung über den Tarif hervor. Nur die sozialistischen Parteien stimmten für diesen Paragrafen, die bürgerlichen dagegen, so daß er abgelehnt wurde. Jetzt ist also das Gesetz vorhanden, aber keine Bestimmung, wie es angewendet werden soll!

Infolgedessen wurde die Abstimmung über die folgenden Paragraphen ausgelegt und nur noch die Bestimmungen über Ver-

Die Not der Städte

Die Forderungen der Städte an das Reich — Sofortige Hilfe notwendig

Die Not der Städte, ihre zerrütteten Finanzen, haben die Vorhände der Spitzenorganisationen der Städte veranlaßt, dem Steueraussschuß des Reichstages den Wunsch zu unterbreiten, ihm ihre Lage und ihre Forderungen an die Reichssteuergegebung darlegen zu dürfen. Diese Sitzung fand am Mittwoch nachmittag im Reichstage statt.

Oberbürgermeister Mitzlaff legte zunächst die Notwendigkeit dar, den Gemeinden neue Einnahmequellen zu eröffnen. Eine genaue zahlenmäßige Darstellung der Finanzlage der Gemeinden sei noch nicht möglich, da das Landessteuergesetz in bezug auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer noch nicht ausgeführt sei. Drei Vorkommnisse haben die Not der Gemeinden wesentlich verschärft.

1. Der Wegfall der Besteuerung des steuerfreien Mindesteinkommens. Der Ausfall daraus beträgt 2 1/2 Milliarden Mark.

2. Die neue Besoldungsregelung. Der Besoldungsmehraufwand für Beamte, Oberlehrer und dauernd Angestellte erfordert ein Mehr von 50 Proz. des den Gemeinden garantierten Einkommenssteuertages.

3. Die Erhöhung der Sozialrenten. Genaue Angaben über die für die Zuschüsse der Gemeinden erforderlichen Beträge stehen noch nicht fest, doch ist es zweifellos, daß sie sehr erheblich sein werden.

Mit den bisherigen Gesetzgebungsmethoden ist nicht weiterzuarbeiten. Eine Änderung ist insbesondere bei den großen Neuregelungen notwendig. Daher fordern die Gemeinden eine Neuregelung der Steuerbefreiungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Den Gemeinden muß ein größerer Anteil an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer zufließen. Bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer ist der Anteil von Ländern und Gemeinden von zwei Drittel auf zwei Viertel heraufzusetzen. Auch die Garantie des Aufkommens aus diesen Steuern auf Grund der Veranlagung für 1919 plus 25 Proz. muß erhöht werden. Ferner ist den Gemeinden bei der Umsatzsteuer der Anteil von 5 auf 10 Proz. zu erhöhen.

Grund- und Gewerbesteuer müssen Ländern und Gemeinden überlassen bleiben. Sie sind das Rückgrat der Gemeindefinanzen und einer selbständigen Gemeindepolitik. Es muß den Gemeinden ein beweglicher Faktor bleiben, der einen größeren Ertrag bringt.

Das Reich muß sich ferner fernhalten von allen Steuergebieten, für die die Gemeinden die besten Steuerertrage abgeben. Dazu gehören: Kraftwagensteuer, Schankumsatzsteuer, Gewerbesteuer, Energiesteuer. Bei den Getränkesteuern müssen die Gemeinden das Recht der Erhebung von Zuschlägen für Branntwein und Wein bekommen. Bei der Versicherungssteuer müssen sie die Möglichkeit erhalten, die Feuerversicherungen zu den Unkosten für das Feuerlöschwesen heranzuziehen.

Dies sei das Programm der Gemeinden für die künftige Regelung des Landessteuergesetzes. Da sie frühestens 1922 wirksam sein wird, so für die Uebergangszeit sofortige Hilfe

notwendig, und zwar für den Fortfall der Besteuerung des Mindesteinkommens und für die Mehraufwendungen für die Besoldungsreform.

Oberbürgermeister Dr. Buther erläuterte diese Darlegungen durch einige allgemeine Gesichtspunkte. Wenn keine systematische Aufteilung der Steuergebiete erfolge, daß das Reich sich nicht der Verpflichtung entziehe, die Gemeinden an dem Aufkommen der Reichsteuern zu beteiligen. Soll die Selbstverwaltung der Gemeinden aufrechterhalten werden, dann muß ihnen die eigene Verantwortung bleiben. Wenn aber die Gemeinden nur nach Staatshilfe rufen dürfen, dann gibt es weder eine Selbstverantwortung, noch eine Sparsamkeit. Den Gemeinden müssen selbständige Steuerquellen zugeteilt werden, damit sie für die Zukunft klar sehen. Unter allen Umständen müssen die Reichsteuern den Gemeinden erhalten bleiben. Länger begründet sodann eingehend die Berechtigung und die Zweckmäßigkeit der Ueberweisung neuer Steuergebiete an die Gemeinden.

Für die Organisation der mittleren und kleineren Städte im Reichsstadtebund spricht Oberbürgermeister Belfan. Er erhebt Beschwerde gegen den Versuch der Regierung, den Gemeinden ohne Mitwirkung des Reichstages nur auf dem Wege der Gewährung von Zuschüssen zu helfen. Diese Abicht habe sehr erbitternd gewirkt. Mehr aber noch die

Drohung mit dem Eingriff in die Selbstverwaltung.

Diese Kontrolle sei ungewöhnlich und nur möglich durch gewaltige Vermehrung des Beamtenapparates.

Der Syndikus des Reichsstadtebundes, Dr. Hüdel, unterstützt die Anträge des Stadtebundes. Viele mittleren und kleineren Städte seien am 1. Oktober nicht imstande gewesen, die erhöhte Beamtenbesoldung zu bezahlen. Die Gemeinden müssen eine endgültige Entschädigung erhalten und keine Zuschüsse. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird durch die Unsicherheit ihrer Finanzen systematisch untergraben.

Oberbürgermeister Böhm erklärt, daß viele Gemeinden nach hohem Vorbild ihre Haushaltspläne nur auf dem Papier aufgestellt haben. Daher die hohen schwebenden Schulden. Die Anteile an den Reichsteuern sind meist mit zu hohen Beträgen eingestuft. Die in Aussicht gestellten Zuschüsse des Reiches befreiten die Städte nicht, denn sie sind bereits verbraucht. Sie würden also nur eine Erleichterung im Schuldenmachen bedeuten. Berlin, das vorzüglich wirtschaftlich habe, sei es trotz besten Willens und größter Anstrengung nicht möglich, die hohen Lasten aus eigener Kraft zu zahlen. Der Fehlbetrag von 22 Millionen hat sich in wenigen Tagen auf 400 Millionen erhöht. Das sollte doch auch dem Reich zu denken Anlaß geben. Die Stimmung der Bevölkerung gehe zu größten Besorgnissen Anlaß.

An der Schwelle des schwersten Winters

mit Gefahren aller Art könne das Reich und der Reichstag es nicht verantworten, die Gemeinden ihrem Schicksal zu überlassen.

Nach einigen Bemerkungen des Vorsitzenden Dr. Becker hat die Sitzung ihr Ende erreicht.

anfangung und Erhebung in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, ebenso die Straf- und Uebergangsbestimmungen. Hierbei gelang es Heiserlich, einen Antrag durchzuführen, der wiederum eine erhebliche Begünstigung der Besitzer von Kriegsanleihe darstellt.

Ferner wurde noch ein Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, das Problem der stabilen Werteneinheit nicht bloß für die Steuererhebung, sondern für das gesamte Wirtschaftsleben einer Unternehmung zu unterziehen. Heute findet die Beratung der Bestimmungen über die Bewertungsgrundsätze statt.

Gegen fruchtlose Verhandlungen

Der Bezirksbeirat der Betriebsräte für Rheinland-Westfalen-Lippe hat folgende Entschlüsse dem Reichstag, dem Reichsfinanz-, dem Reichsarbeits-, dem Reichswirtschaftsminister und dem Präsidium des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats überreicht: „Der Bezirksbeirat erblickt in der Erfüllung der vom U. S. D. B. und der U. S. A. zugewiesenen zehn Wirtschafts- und Steuerforderungen die einzige Möglichkeit, aus diesen unhaltbaren Zuständen herauszukommen. Diese zehn Punkte gelten als Mindestforderungen.“

Der Bezirksbeirat verlangt von allen in Frage kommenden Ministerien und Reichsstellen, daß nun endlich Einhalt gemacht wird mit fruchtlosen Verhandlungen über freiwillige Kreditaktionen der deutschen Industrie. Wenn die Industrie selbstlos dem Reich helfen wollte, hätte sie dies längst tun können. Statt dessen werden unerfüllbare Bedingungen gestellt; damit ist dem Reich nicht geholfen. Deshalb verlangt der Bezirksbeirat gesetzliche Maßnahmen, die dem Reich aus den kapitalkräftigen Kreisen sichere Einnahmen verschaffen zur Deckung der notwendigen Ausgaben. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Steuereinnahmen zum größten Teil von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht wurden, während die zahlungsfähigen Kreise durch endlose und fruchtlose Verhandlungen sich der Steuer entziehen konnten. Die zehn Forderungen sind eine geeignete Grundlage, dem Reich Mittel zu beschaffen, die Rentenpresse stillzusetzen und die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen.“

Der neue Stil

Die „Rote Fahne“ kämpft bekanntlich für die „Einheitsfront“ des Proletariats. Ihr vornehmstes Mittel zu diesem Zweck ist die Verleumdung der sozialistischen Parteien, vornehmlich unserer Partei. Das Hungereleend der politischen Gefangenen dient ihr als würdige Gelegenheit für die Verbreitung läugerhafter Verdrehungen. In ihrer Morgenausgabe vom Dienstag schreibt die „Rote Fahne“ in extra fetten Lettern, die über die ganze Seite reichen:

In Raumburg hungern 40 Gefangene. Die Gefangenen schreiben an das Zentralkomitee der U. S. P. und bitten um Hilfe. Die „Freiheit“ aber schweigt!

Das ist alles. In diesem Stil läßt es sich besser lägen, als in ausführlichen Artikeln oder Notizen, denn solche sind nicht denkbar, ohne daß zum mindesten der Versuch eines stichhaltigen Beweises gemacht wird.

Nicht der „Rote Fahne“ wegen, sondern mit Rücksicht auf die Erbeiterchaft erwidern wir, daß die mit der Verfolgung unserer Partei ständig mit dem Reichsjustizministerium in Verbindung stehen. Sie haben vom Reichsjustizminister die Zusicherung erhalten, daß alles getan wird, um Leben und Gesundheit der Gefangenen sicherzustellen. Unsere Vertreter werden ferner vom Reichsjustizminister persönlich über alle Vorgänge in den Gefängnissen, die den Hunger-

streik und die Lage der politischen Gefangenen in allgemeinen betreffen, laufend unterrichtet. Sie verfolgen also die Angelegenheit mit wachsamem Auge. Sie haben eine Pflicht übernommen, die sie mit Sorgfalt erfüllen werden.

Im Stille der „Roten Fahne“ bitten wir also antworten: In Raumburg hungern 40 Gefangene. Die Gefangenen brauchen Hilfe. Die „Rote Fahne“ aber — lägt.

Ferry noch in Haft. Zu der von der „Roten Fahne“ veröffentlichten, in einer Versammlung gefällenen Keuherung des Kommunistenführers Eberlein, daß der wegen verurteilter Sprengung der Siegesbühne zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Kommunist Ferry von der Regierung heimlich aus dem Kerker entlassen worden ist, wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt, daß sich Ferry nach wie vor in der Festsung Kendorburg bei Kiel befindet. Sowohl beim Reichsjustizministerium wie bei den in Betracht kommenden Staatsanwaltschaften ist über die Entlassung Ferrys nichts bekannt.

Eine furchtbare Kinofatastrophe in Amerika. In Newhaven (Connecticut) hat sich dieser Tage eine furchterliche Brandkatastrophe in einem Lichtspieltheater ereignet. Der Ausbruch des Feuers rief unter den Zuschauern eine unbeschreibliche Panik hervor, bei der zahlreiche Personen totgetreten oder erstickt wurden. Nach dem Polizeibericht haben 20 Personen den Tod teils in den Flammen, teils im Gedränge gefunden. 400 Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Zuanfall. Der D-Zug 42 entgleiste gestern abend auf der Durchfahrt durch Deutsch-Wilna, und zwar die Maschine mit einer Achse, 5 D-Zugwagen vollständig. Personen wurden nicht verletzt.

Ausschneiden!

Druckfache

Sinn die

Sauptexpedition der „Freiheit“

Berlin G 2

Breite Straße 8-9



Der deutschen Hausfrau „Christbaum u. ihr Weihnachtsgebäck“ zeigt die Berliner Hausfrauen-Verein und der Hausfrauen-Verein Nord-Ost vom 29. Nov. bis 6. Dez. Gedruckt v. 10 bis 6 Uhr nur Alexanderplatz

Lebensmittel

Allein-Vorverkauf:
Circus Hagenbeck
Leipziger Strasse,
Alexanderplatz, Frankfurter Allee

Wurstwaren

Fr. Blutwurst...Pfund 12⁵⁰
Rotwurst u. Thür. Art. Pfd. 16⁵⁰
Leberwurst...Pfund 16⁵⁰
Aufschnittszüße Pfd. 14⁵⁰

Kolonialwaren

Weizenmehl 70%...Pfund 6²⁵
Auszugmehl...Pfund 7⁰⁰
Rang-Bohnen...Pfund 3⁷⁵
Kaffeemisch...Pfund 10⁰⁰

Leipziger Strasse

Frisches Fleisch

Alexanderplatz

Kalbskamm Pfund 8⁵⁰ **Schmorfleisch** m. Knochen, Pfd. 11⁰⁰
Kalbsbrust u. -Rücken...Pfund 9⁵⁰ **Hammelfleisch** (sch.)...Pfund 12⁰⁰
Kalbskeulen..... Pfund 11⁰⁰ **Gehacktes** Pfund 9⁰⁰
Rinder-Querrippe Pfund 9⁰⁰ **Schabefleisch** Pfund 11⁰⁰

Kohlrüben Pfund 35 Pl. **Weisskohl** Pfund 1¹⁰ **Kochbirnen** Pfund 2¹⁰
Mohrrüben ... Pfund 65 Pl. **Sellerie** Pfund 1⁵⁰ **Essäpfel** Pfund 2⁷⁵

Preise einschließlich Flasche. Auf Weine 20% Steuerzuschlag

Fische, Räucherw.

Fr. Bratflundern Pfd. 1¹⁰
Fr. Dorsch Pfund 3²⁰
Fr. Goldbars Pfund 4²⁰
Ger. Flundern ...Pfund 5⁸⁰

Wild, Geflügel

FettgänsePfund 22⁰⁰
Gänsestückenfleisch P. 13⁵⁰
Hirschfleisch Pfd. von 8⁵⁰
Hasen gestreif. Pfund 11⁰⁰

Jam.-Rumverschnitt 1/4 Fl. 30⁰⁰ 1/2 Fl. 58⁵⁰ Rackles-Exp.-Apfelw. 1/4 Fl. 7⁵⁰ 10 Fl. 72⁵⁰ Freyweis, Speierling Apfelw. 1/4 Fl. 8⁰⁰ 10 Fl. 75⁰⁰ Jamaica-Rum 40% Fl. 40⁰⁰ 1/2 Fl. 75⁰⁰

Henriot-Weinbrand
1/2 Flasche 30⁰⁰ 1/4 Flasche 57⁵⁰



Brauns Auslese-Weinbrand
1/2 Flasche 35⁰⁰ 1/4 Flasche 67⁵⁰

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: König Lear
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Wildente
Staatstheater
3 Uhr: Festhochzeit
Erwin u. Elmire
7 1/2 Uhr: Der Troubadour
7 1/2 Uhr: Peer Gynt
7 1/2 Uhr: Max Havelberg
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Laus Ferdinand
Ging von Göttingen
Kammerspiele
11. Der Hühnerhof
Großes Schauspielhaus
Karlstr.
7 1/2 Uhr: Götze von Berlichingen
Theater L. S.
Königsgraben Str.
7 1/2 Uhr: Käthe Weiser
Gottlieb u. Constanze
Manon Lescaut
Orska, Janßen, Rimmann
Komödienhaus
Die Fahrt ins Blaue
Müller, Richard, Engel,
Fischl, Gerber
Berliner Theater
Abends 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritz Wafferyn, O.
Wolff, Witz, Roberts,
Dani, Jampa, Herr, Riser
Waldner-Theater
Abends 7.30 Uhr:
Tanzgräfin
Waldhalla-Theater
1/2 Uhr:
Jung muß man sein

SCALA
7 1/2 Uhr
Dezember:
Grobe Malte
Die Variete-Bühne
Theater des Ostens
7 1/2 Uhr: Mit vollen Segeln
Vorher:
Das Mädchen von Elfenbein
CIRCUS BUSCH
Tgl. 7 1/2 bis 9 Uhr
Neue Sensationen!
Darüber:
Die Cirkusse d. Durga
Wahl, Wertheim
u. Circuskulte.

METROPOL
KRIEGER
Behrenstraße 54.
7 1/2 Uhr:
Walter Steiner
Laozi & Aenni
Asra & Comp.
Bären
Camarosa
Ellen & Ella
2 Kaufmanns
Hanni Gaden
Viazenz Prässi
Etenna
1. & E. Fields
3 Riegels
2 Wahlerts

Auf Teilzahlung Anzüge
Schlüpfer, Jaglans,
Wahheit, mod. Sch.
Neu, biskr. Kragen
Leifer Gottlieb
Nollendstr. 22
II. Etage (Gartenstr.)

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 Mk.
Schwarz-Krause . . . 22 Mk.
Portoriko . . . 23 Mk.
Gold-Edel . . . 27 Mk.
Rund-Dr. Hamburger
Straße 1, 1

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse
Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwachseln von ausl. Gold- u. Silberwaren
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

L. Friml BERLIN
FÜR ALLES AN ALLE
TIEFERE
Anzüge
Schlüpfer
Damen-
Kostüme
Kleider
Mäntel
Pelzkragen
Pelzmuffen
Pelzmäntel
Teppiche
Gardinen
Portieren
Sie können bestimmt wieder, wenn Sie erst einmal in meinen Geschäften gekauft haben. Die Größe meines Unternehmens bürgt Ihnen für Güte der Waren und für tadelloste Bedienung. Sie erhalten bei mir auf denkbar günstigste Weise Kredit eingekauft. Die Höhe der Anzahlung wird niedrigst bemessen und die Ratenzahlungen richten sich nach den jeweiligen Verhältnissen des Käufers. Besuchen Sie mich in der Brunnenstraße 1, oder Frankfurter Allee 300, oder Köthener Damm 108, oder Charlottenburg, Scharrenstraße 6, und Sie werden sich davon überzeugen, dass mein seit 80 Jahren bestehendes Kredit-Unternehmen einfach unüberwundlich ist.

Großer Weihnachts-Verkauf
Kreuz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rotfuchs
zu überhohem Preis
Stunks-Carnitur sehr billig
am Op. Fein l. u., Seal. Et. 45-
Nöbret 45 - N. an
Peitzwaren-Haus
A. Klass & Co.
Rosenthaler Straße 40-41
am Hackelstein Markt
Wälder, Kunstblätter,
Wandschmuck mit und
ohne Rahmen fast man
in der Buchhandlung
„Freiheit“ Berlin Str. 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
Dem Kollegen zur Nachricht, daß unsere
Kollega
Marie Spitzer
Berlin, Mühlendorfer Straße 62, am 24. d. Mts.
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den
2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium
Bismarckweg, Kirchhofstraße, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54 / Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833-836

Heute (Donnerstag, den 1. Dezbr. 1921) abends 7 Uhr
in der **Brotbäckerei**, Fiedlerstraße

Versammlung
sämtlicher Funktionäre des Metall-Kartells
soweit sie in den Betrieben des D. M. A. V. beschäftigt sind.
Tagesordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission über den Schiedspruch
2. Stellungnahme zum Schiedspruch.
Zutritt nur gegen Funktionärkarte und Verbandsbuch eines
zum Metallkartell gehörenden Gewerkschaft.
Das Metall-Kartell.
J. U.: Deutscher Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin

Teilzahlung
Grammophon
Lauten
Mandolinen
Gitarren
Schmidt
Petersburger Str. 23 I.
Vollständig geliefert
wurde ich, obwohl durch
die Güte vergebens
war, von meiner
Flechte
durch Reichel's Flechte-
tenbalsam. So läßt
den viele! 12.50 Mk.
Otto Reichel, W. u. 44
E. O., Eisenbahnstr. 4.

Botenfrauen
sofort gesucht
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
Expedition **Werner**
Greifswalder Straße 29
Laut: Feinersdorfer Straße, Wismarstr.
Expedition **Lachmann**
Stargarder Straße 13
Expedition **Wengels**
D., Cadiner Straße 11
Müdersdorfer Str., Frühlstr., Liebigstr.
Expedition **W. Senne**
D. 17, Laskerstraße 2
Expedition **Giesecke**
Pankstraße 60 (Laden)
Expedition **Krüger**
Neukölln, Emscher Str. 32
Laut: Feinersdorferstraße - Marekstr.

Soeben erschienen!
Romeo und Julia
auf dem Dorfe
Erzählung
von
Gottfried Keller
Mit einer Einleitung von Anna Siemsen / Bilder und
Zeichnungen von Otto Schoff / Vornehm in Halbleinen
gebunden 12.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2
Breite Str. 8-9

Altmetalle
zahlreiche Preise. Ober-
berger Str. 1, Reinhold-
barrer Str. 107, I. Hof, Berlin.
Altmetalle
unverarbeitete Preise
zahlr. Badstr. 34, Kol
Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Heiler Alth. J. J. J. J. J.
E. ENDEMANN
Coburger Str. 50
u. Haldstr. / Fernspr. 3308
Altmetalle
kauft zu Höchstpreisen
7. U. Busch, Ost, West-
Angos, Wismarstr. 29
Str. 5, Mühlendorferpl.
Nachsch. werden vergütet.
Strausberger Str.
Kupfer 44
stets höchste Preise für
Altkupfer. Altkupfer zahlr.
Booker (D. N. V. - Witzl.)
Strausberger Straße 44

Hautjucken
Hautausschlag, Haut Rötze
beendet das schnell
heilende Mittel
Peruviana
Sicherster Erfolg, leichte
Anwendung. 1. Version
16 Mk., 2. Version
18 Mk., franko.
Schiffs-Verke, Offen 1
Brennstoffstraße 38
Asthma
mit
Hustenmittel
len und starker
Vereinigung findet
wird. Nicht durch Alkohol
abzu Astmatropfen, be-
steht durch ihre Wirkung
30 j. währ. Erl. N. 12, 50
Otto Reichel,
Berlin 42, Eisenbahnstraße 4

Ausfneiden!
In jeder halb Groß-Berliner Wohnzelle bitte beim Postamt bestellen
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands
mit der Möglichkeit einmal erscheinenden
unabhängigen Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"
zum Preise von Mk. 18.- monatlich, Mk. 9.- halbmonatlich
bei freier Zustellung ins Haus
Name: _____ Straße: _____
Ort: _____
(Name beliebig lösliches, Brief genau anfertigen, vom, Hof, Str., Dammgeb.)
Diesen Vorkaufsschein bitten wie in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzufenden.

Bücher- u. Bilderausstellung der Freiheit-Buchhandlung
Breite Str. 8-9
Täglich geöffnet bis 6 Uhr abends * An Sonntagen geschlossen

Was ist aus den Kasernen geworden?

Ebensoviel Polizei und Militär in Berlin wie unter Wilhelm — Nur eine kleine Zahl von Kasernen dem Zivilleben nutzbar

Die Frage, was aus den ehemaligen Militärgebäuden geworden ist, liegt in einer Zeit der Wohnungsnot, wie wir sie durchmachen, nahe. Die unendlich zahlreichen Familien und Einzelpersonen, die vergeblich nach einem schützenden Dach suchen, werden erstaunt sein, zu hören, daß in der Tat nur eine kleine Zahl von Kasernen dem Zivilleben nutzbar gemacht ist.

Andererseits gibt es, so unglaublich es klingt, heute in Berlin kaum weniger uniformierte Zeitgenossen als in der jenseitigen Vergangenheit des wilhelminischen Kaiserreichs. Wenn man auf den Straßen nicht mehr soviel Uniformträger wie früher sieht, so liegt das einfach daran, daß die Angehörigen der Reichswehr und der Schupo außerhalb ihres Dienstes vielfach Zivil tragen, und wenn man bedenkt, welcher Unbeliebtheit sich ihre glänzenden Amtskleider erfreuen, wird man ihnen das schließlich nachfühlen können.

Es sind in Berlin zur Zeit rund 4000 Mann Reichswehr und 17 200 Beamte der Schupo, während früher das Verhältnis zwischen Militär und Polizei ungefähr umgekehrt, aber die Gesamtzahl kaum geringer war. Dabei sind die Schwierigkeiten der Unterbringung unter den veränderten Verhältnissen erheblich größer und zwischen den beteiligten Instanzen gibt es ununterbrochene Reibungen und Differenzen.

Die Organisation und Bewertung der militärischen Gebäude untersteht dem Reichswehrministerium. Da die Schupo aber eine preussische Einrichtung ist und für die Reichswehr das Reichswehrministerium zuständig ist, hat das Reichswehrministerium nur einen sehr bedingten Einfluß auf die ganze Angelegenheit und ist im hohen Grade auf das Entgegenkommen angewiesen, mit dem keine Vollmachten behandelt werden. Zu eigentlichen Wohnräumen ist bisher keine einzige Kaserne verwandelt worden. Dagegen sind einige Gebäude den Behörden überwiesen, die ja bekanntlich auch unter ständigen Raumschwierigkeiten leiden. Besonders die neueren Gebäude sind hinter jedem freierwerbenden Gebäude her und bemühen sich, dort Platz zu finden. Sie haben die Kasernen in der Friedrichstraße und in der Bellevue-Allee erhalten. In den drei Kasernen in der General-Pape-Straße befindet sich das Hauptverwaltungsamt Berlin, und in der Scharnhorststraße ist der Schlichtungsausschuß untergebracht.

Damit ist die Liste der zivilisierten Militärgebäude auch schon erschöpft und es sind höchstens noch eine Anzahl Stallungen zu erwähnen, von denen die meisten an Privatleute vermietet sind.

Die Reichswehr hat ihr Domizil nur noch in einem Kasernenblock, nämlich in Moabit. Ein bedeutender Teil des zur Verfügung stehenden Raumes wird durch ehemalige Reichswehrangehörige mit ihren Familien bewohnt, die nach ihrer Entlassung selbstverständlich nicht einfach auf die Straße gesetzt werden können.

Den größten Teil der Gebäude hat jedoch die Schupo inne. Die Polizeigruppe Westen mit den Polizeidirektionen Charlottenburg, Wilmersdorf und Spandau hat die folgenden Kasernen belegt: die Westendkaserne in Charlottenburg, die Schloßkaserne Ost und West, die frühere Festungsbaukaserne in der Soorstraße und in Spandau die Kasernen in der Rottstraße und am Askanienring. Die Polizeigruppe Mitte umfaßt die Polizeidirektionen Linden, Tiergarten, Alexanderplatz und Prenzlauer Tor. Sie verteilt sich auf die Kasernen in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße, Karlstraße, Alexanderstraße, Wäckerstraße (zwei Blöcke) und Köpenicker Straße. Die Polizeigruppe Süd besteht aus den Abteilungen Hakenfelde, Tor, Schöneberg, Lichterfelde, Tempelhof und einer bestimmten Abteilung. Ihre Kasernen sind in der Friesenstraße, in der Zimmernstraße, in der Prinz-August-von-Württemberg-Straße und im Block IV der früheren Hauptkassendirektion in Lichterfelde. Die Polizeigruppe Ost mit den Abteilungen Friedrichshain und Lichterfelde, und der ersten Hundertschaft Weihensee liegt in der Chausseestraße, am Spandauer Weg in Tegel, in der Brangestraße, in der Köpenicker Straße (zwei Kasernen) und in der Schießstandkaserne Punkt A, an den Schießständen in der Jungfernheide. Schließlich kaserniert die Polizeigruppe Südost mit den Abteilungen Neukölln, Treptow und Köpenick in der Wäckerstraße (drei Gebäude), in der Siedlung Wiersdorf und in der Bouchestraße in Treptow.

Trotz dieser zahlreichen Gebäude, die die Schupo bewohnt, hört man fortwährend Klagen über unzureichende Unterkünfte. Man muß zugeben, daß es nicht anständig ist, die Beamten, die sich ja für viele Jahre verpflichtet haben, so unterzubringen, wie es beim preussischen Kommissär üblich war. Um so weniger, als nicht wenige Beamte verheiratet sind und Kinder haben. Wir sehen durchaus auf dem Standpunkt, daß die Schupoleute so wohnen sollen, daß der trostlose Eindruck des Kasernenlebens möglichst abgeschwächt wird. Eine anständige Wohnung ist vielleicht die wichtigste Voraussetzung, um einen hohen Landeseinwohner zu begeistern und jenes Gefühl für Menschenwürde herbeizuführen, das bei der Polizei der Republik unbedingt erforderlich ist.

Nach dem Angestelltenstreik

Magistratsitzung. — Die Reichshilfe für Berlin

Der Magistrat beschäftigte sich gestern mittag in geheimer Sitzung mit den Vereinbarungen zwischen den Verhandlungskommissionen, die sich im Reichsarbeitsministerium um die Beilegung des Streiks bemüht hatten. Er kam zu dem Beschluß, den Vereinbarungen zuzustimmen. Der Stadtverordnetenversammlung wird in der nächsten Zeit eine entsprechende Vorlage eingereicht werden.

Zu der Frage der Reichshilfe für Berlin, die bei den Verhandlungen im Reichsministerium und im Landtaggebäude eine wesentliche Rolle gespielt hat, wird folgende Meldung verbreitet: „Der Streik der städtischen Angestellten hat offenbar die Frage der Reichshilfe für die deutschen Städte und Gemeinden endlich ins Rollen gebracht. Oberbürgermeister Boehl, der während des ganzen Tages mit allen Reichsstellen verhandelt und sowohl dem Reichskanzler als auch dem Reichsminister Röstler und dem preussischen Minister Severing immer wieder versichert hat, daß die Stadt Berlin nicht in der Lage sei, die Forderungen der Angestellten oder der Arbeiter zu bewilligen, gab erst nach, als ihm bestimmte Zusicherungen gemacht worden sind. Man hat über die Möglichkeit der finanziellen Stützung Berlins sowohl in der Reichskanzlei als auch im Ministerzimmer des Landtages sehr lange und ausführlich verhandelt, und sowohl der Oberbürgermeister als der Kammerer haben dann abends im Reichsarbeitsministerium bei den Verhandlungen mit den Angestellten ihre Ansicht erst geändert, als sie die Möglichkeit vor Augen sahen, die Mehrausgaben, die jetzt nach dem 1. Dezember bezw. nach dem 1. Januar eintreten werden, durch

An unsere Abonnenten!

Um unseren Zeitungsträgerinnen die Arbeit zu erleichtern und um ihnen unnötige doppelte Wege zu ersparen, bitten wir unsere Abonnenten, das Abonnementgeld für den laufenden Monat stets in den ersten Tagen des Monats zur Abholung bereitzuhalten. Durch dieses eigentlich selbstverständliche Entgegenkommen der Abonnenten wird die ununterbrochene pünktliche Weiterbelieferung am besten gewährleistet.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß alle „Freiheit“-Expeditionen und Ausgabebestellungen auf Blätter, Broschüren, Inserate und kleine Anzeigen jederzeit entgegennehmen.

Beschwerden über unpünktliche Belieferung sind zuerst in der zuständigen Expedition anhängig zu machen. Sollte diese keine Abhilfe schaffen, so wende man sich direkt an den Verlag, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.

Gleichzeitig laden wir zur freundlichen Besichtigung der reichhaltigen Weihnachtsbücher-Ausstellung unserer Buchhandlung, Breite Straße 8/9, ein. Der Verlag.

Mittel zu decken, die der Stadt Berlin nun aufzubringen zuzuführen. Wenn das Reich sich entschlossen hat, entweder direkt oder über die Länder eine Hilfsaktion zur Sanierung der städtischen Finanzen vorzunehmen, dürften die anderen Gemeinden, vor allem aber die großen Städte, sehr bald mit gleichen Forderungen an das Reich heranzutreten.“

Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Stadtverordnetenvorsehers Fabian trat gestern mittag der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung zusammen, um über den Ausgang des Streiks in den Elektrizitätswerken zu beraten. Stadtverordneter Lange erklärte auf Befragen, daß sich die Kosten des Streiks ziffernmäßig nicht ausdrücken lassen. Die Straßenbahn erlitt jedenfalls einen Ausfall von 800 000 Mark. Wie groß der Ausfall durch nicht erfolgte Strombelieferung ist, läßt sich nicht feststellen, da auch die Privatindustrie großen Schaden erlitten hat. Von allen (!) Seiten wurde das Verhalten der Angestellten mißbilligt. In der Sitzung wurde erklärt, daß die Führer dieses Streiks durch ihre Taktik bewiesen hätten, daß sie kein Verantwortungsgewühl beähten.

Zu diesem Bericht ist zu bemerken, daß es sich um eine bürgerlich-tendenzlose Wiedergabe der Sitzung handelt. Im Gegenteil ist vom Vertreter der Unabhängig-sozialdemokratischen Fraktion darauf hingewiesen worden, daß die U. S. V. D. durch ihren Dringlichkeitsantrag vom Montag abend noch in letzter Stunde dem Magistrat einen Weg zu vorhebenden Verhandlungen eröffnet hätte. Die Verantwortung für das Nichtzustandekommen dieses letzten Ausgleichsversuchs trägt die bürgerliche Mehrheit, die der Dringlichkeit des Antrags widersprochen hat. Ebenso muß der in der Sitzung erhobene und in der bürgerlichen Presse wiedergegebene Vorwurf der Verantwortungslosigkeit der Streikführer ganz entschieden zurückgewiesen werden. Wir haben in der Morgenausgabe vom Mittwoch ausführlich dargelegt, welche Mühe sich die Streikleitung gegeben hat, das rollende Material der Straßenbahn in die Depots zu bringen. Es ist nicht ein Zeichen von Verantwortungslosigkeit der Streikleitung, wenn der Magistrat halsstarrig dieses Angebot ablehnt und die Bemühungen der Streikleitung, unnötigen Schaden der Stadt zu verhüten, sabotiert, sondern ein Zeichen von Verantwortungslosigkeit einer ganz anderen Stelle!

Die Fraktionsitzung der U. S. V. findet am Donnerstag, abends 6 Uhr, im Rathaus, Zimmer 100, statt. Alle Stadtverordneten müssen erscheinen!

Der achte Lohnstarif

Annahme des Schiedspruches.

Eine überfüllte Versammlung der Funktionäre des Lohnkartells in Aliens Festalen beschäftigte sich gestern mit dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses. Polanski schilderte nochmals eingehend die Forderungen der Arbeiter sowie die Verhandlungen beim Magistrat. Der in unserer gestrigen Morgennummer abgedruckte Schiedspruch entspricht nicht den Wünschen der Arbeiter, bedeutet aber unter den jetzigen Umständen das Erreichbare. Der Schiedspruch läuft nur bis zum 31. Dezember, da mit einer neuerlichen Steigerung der Lebensmittelpreise zu rechnen ist.

Die Zulagen betragen pro Stunde z. B. für männliche Ungelernte und Angelernte 2,50 M., für Handwerker 2,70 M., verheiratete Ungelernte und Angelernte 2,50 M., Handwerker 2,70 M., für weibliche Angelernte, unverheiratet 1,98, angelernte Unverheiratete 2,05 M., Angelernte mit 1 Kind 2,58 M., mit 2 Kindern 3,18 M.

Die Wirtschaftshilfe von 300 Mark für Oktober und November ist nicht eingerechnet in diesen Zulagen. Die Lohnkommission und Schiedskommission empfiehlt der Versammlung die Annahme.

In der Diskussion lehnt Rappshül (mit Lachen empfangen) die Annahme des Schiedspruches ab, da er längst nicht die geforderten Höhe erreicht. Weitere Diskussionsredner traten für die Annahme des Schiedspruches ein und forderten die Abstimmung in der Funktionärerversammlung. Nach einem kurzen

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Pfeiffer
Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

15
Wißt ihr noch?

Réal hatte sich einige Bemerkungen für den Artikel gemacht, der ihm am Abend vorher in den Sinn gekommen war. Seine Mitarbeiterin saß am Tisch, und er schritt stumm, die Hände auf dem Rücken, im Zimmer auf und ab.

„Als Aufschrieb nehmen wir: „Wißt ihr noch?“ die unterstrichen. Eine Kriegserinnerung...“ Schon wieder eine? wird man sagen. Meine Antwort soll in der ersten Zeile heißen: „Wißt ihr noch?“

Er diktierte:

Eine Tafelrunde angegrauter, doch kräftiger Männer sitzt in einem wohlgeheizten Modereaurant. Einer von ihnen hat seinen dicken Bauch in eine Hauptmannsuniform gepreßt. Er hatte sich zu Beginn des Krieges mit großer Geste gemeldet. Seither führt er seine Uniform unerhroden in den Bureaus pajazieren. Für die anderen mußten die Gäste jenes Mahls bei Malapied ein wenig als Vorbilder dienen.

Diese Leute, reich gewordene Heereslieferer, freuen sich als gute Patrioten über die Verlängerung eines Unternehmens bis zum „Endkrieg“, das, wie sie behaupten, namens der Zivilisation, der Gerechtigkeit und des Rechtes abgeschlossen war. Sie äußern sich sehr bestrebt, daß die Frontkämpfer inmitten all des Elends, das ihnen aufgebürdet wurde, ihre gute Laune bewahrten. Der Offizier, der in besonderer Sendung die äußersten Grenzen der Front vorstieß und mit der Reugier eines Besuchers des Zoologischen Gartens befaßt war, beschreibt nach seiner liebenswürdig optimistischen Einbildung die Schützengräben, wo in Wahrheit die Menschen ihre regungslossten Gesichter von dem gelben Sand zum schwarzen Himmel erhoben, an jeder Hoffnung an jedem Verständnis verzweifelten und wie Kinder weinten.

Er schildert mit Genugtuung die Organisation des Verwundendienstes und vergißt nur den Gestank des Blutes, die entsetzten Blicke, die angstverkrampften Lippen und das Gemurmel: „Rettet mich! Ich! Ich! Ich! Ich sterben? Meine Frau! Meine Kinder! Er vergißt die Verstimmlen, die durch den Schmerz irrsinnig geworden waren, die, schon ohne Beine,

nach fliehen wollten, die Wunden, über die, unbehindert vom Zufallsverband, mitten durchs lebende Fleisch die Würmer krochen.

Er erzählt auch von einer Schlacht, die er aus weiter Ferne durchs Opernglas beobachtet hatte, und berichtet:

„Unsere Verluste sind unbedeutend...“
Unbedeutend, o ihr Gefallenen! Infanteristen mit aufgerissenen Leib, die Hände versengt durch einen furchterlichen Blitzschlag! Schlachtopfer, die niemand sehen durfte, damit nicht die Vernunft, vom Grauen und Mitleid gestützt, sich der Seelen bemächtigte! Frische Leichen, die von ihren Müttern noch erkannt worden wären, verwesende Leichen, die allgemach von der Erde aufgeschoben wurden...
Ohne sich durch solche Totenbeiwandlung stören zu lassen, feiert die heitere Tischgesellschaft den militärischen Ruhm. Sie tröstete sich über die Trauer in so vielen Familien mit der alten Wahrheit, daß, da der Tod doch nun einmal unvermeidlich ist, es besser sei, in Schönheit zu sterben. Kurz, sie sind entschlossen, die Leiden anderer hedonistisch zu tragen.

So suchte Réal sich der ganzen Bitterkeit zu entledigen, die ihn erfüllte. Ohne Vorbehalt, ohne Mangelhaftigkeit griff er den Kriegsgott an, der in der großen Presse von bezahlten oder ehrgeizigen Schwärmern noch immer großgezogen wird. Er zeigte hinter der mit den Nationalfarben gestrichenen Außenwand die Ränke der Titelsüger, den Ehrgeiz der Stäbe, die Unerschlichkeit der Kanoniere, ohne Wortschwall, nur durch grausam deutliche Gestalten, durch unwiderlegliche Aufzeichnungen, durch karikierte Bilder wurde er zugleich Satiriker und Rächer.

Nachdem er das Wohlleben dieser im geheizten und bequemen Gasthof Zigarren qualmenden Leute geschildert hatte, schloß er so:

„Einer der aufwartenden Kellner hatte die Tür offen gelassen. Der Offizier schalt: „Schließen Sie doch die Tür, wenn Sie hinausgehen. Das ist ja unerträglich, man kann sich hier den Tod holen.“

Réal hatte fast ein Dutzend Seiten diktiert, die Duonne zu Papier brachte, ohne den Kopf zu heben. Beim letzten Wort warf er sich erschöpft auf das Sofa.

Die rote Messe.

Seit einem Monat befand sich Réal in einem Zustand der Ungewißheit. Er litt wieder unter dem Zwiespalt, den er zu Beginn der Dreyfus-Anglegenheit durchgemacht hatte. Was war das für eine feurige Zeit, was für ein schönes

Alter von zweiundzwanzig Jahren! Mit der gezeichneten Ueberlegenheit junger Leute hatte er zunächst behauptet: „Diese ganze Geschichte ist nur eine kleinliche Fäulerei der rotbehafteten Würdenträger.“ Die Meinung der Frauen mit denen er verkehrte, und der Leute der guten Gesellschaft überzeugte ihn. Da ereignete sich der Selbstmord des Obersten Henza. Nun wurde ihm alles klar, nun stürzte er sich in den Kampf.

Ihm blieb der Trost aller Eigenbrötler, die Erhaltung seiner moralischen Unabhängigkeit. Aber bald nötigen ihn seine Erfolge zu einiger Raadgebigkeit, durch die er sich die Gunst des Publikums erwarb. Er dämpfte seine Leidenschaft. Er wurde ein beliebter und befaßter Autor. Die großen Ereignisse regten seine so vernünftig gewordenen Phantasie nur zu wichtigen Klaudereien, zu bedächtigen Reden, zu milden Satiren an, aus denen manchmal voltairesche Spigen, vorzüglich eingehüllt, hervorlugten.

Nun aber wurde es ihm wieder heiß in der Brust, wie zu jener Zeit. Und er ahnte, daß er manche Genossen hatte die aber noch vereinsamt waren und keine Partei bilden konnten. Mühte nicht nach diesen Jahren der Lüge ein ungeheures Bedürfnis nach Wahrheit durch die Welt gehen?

Sein neuer Seelenzustand erregte in ihm zunächst eine verworrene Sehnsucht. Es war ihm noch nicht recht klar, wo der Ursprung seiner Stimmung lag. Vielleicht war es der Jora gegen das Prozentum; dann die furchtbare Erregung über die Kriegsoffer; die aufwühlende Erkenntnis von der Macht der Finanzleute, die des Schicksal all der verzerrten Wälder in ihren Händen hielten; die Empörung über die Schlichtereien und ihre schamlose und dumme Graufamkeit, die schon allgemach in Vergeßlichkeit geraten war. All dieses kam zusammen. Und er fragte sich: Wer hatte recht, jene, zu denen auch ich gehörte, die immer Gebuld probigten, oder die anderen, die mit Gefahr ihrer Freiheit gegen die Verlängerung des unglückseligen Unternehmens austraten, in das wir verstrickt waren?

Er erinnerte sich, wie der Abgeordnete Peter Bri... die Entrüstung der ganzen Kammer erregt hatte, weil... im Juli 1918 voraus sagte: „Ihr werdet eure hundert Millionen den Schanden und eure Million Toten bald einheimeln!“ Eine unwahrscheinliche Drohung eines ungeheuerlichen Pessimismus, die den Ordnungsruf des Präsidenten Deschanel, die Ausschließung für einen Monat und die Einstellung der Gehälter zur Folge hatte. Und hatte der Mann nicht eine klare Voraussicht gezeigt?

(Fortsetzung folgt.)

